

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Horst Sielaff MdB zu Gesprächen in Ungarn: Budapest will eine Brückenfunktion ausüben.
Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Notwendigkeit, die tropischen Regenwälder wirksam zu schützen: Unser Planet darf nicht zur Wüste werden.
Seite 4

44. Jahrgang / 29

10. Februar 1989

Ungarn will eine Brückenfunktion ausüben

Resümee einer Reise in die Volksrepublik

Von Horst Sielaff MdB
Mitglied der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Die in dieser Legislaturperiode neu gegründete Deutsch-Ungarische Parlamentariergruppe stattete Anfang Februar ihren ersten offiziellen Besuch in Ungarn ab. Noch in diesem Jahr wird der Gegenbesuch unter Leitung von Professor Dr. Janus Szentagothai in der Bundesrepublik Deutschland erwartet.

Neben Informationsgesprächen über die allgemeine Situation in Ungarn standen das Flüchtlingsproblem an der ungarisch-rumänischen Grenze und die Minderheitenpolitik in Ungarn selbst im Mittelpunkt des Besuchs. Die Gespräche waren außerordentlich offen und informativ.

Staatsminister Imre Pozsgay, der auch Politbüromitglied der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) ist, wiederholte seine Aussage, daß es sich bei dem Aufstand von 1956 in Ungarn um einen Volksaufstand gehandelt habe. Und auch heute habe man es bei einigen Oppositionsgruppen mit echten Volksbewegungen zu tun. Die notwendige Stabilität erreiche man nicht, wenn man diesen Bewegungen ausweiche. Man müsse offen auf diese Bewegungen zugehen. Diejenigen in Ungarn, die die Gefahr der Anarchie durch solche Bewegungen sähen, würden Ursache und Wirkung verwechseln. Die Gesellschaft müsse auf neue Pfeiler gestellt werden, die Verfassung den menschenrechtlichen Anliegen gerecht werden. Staatsminister Pozsgay wörtlich: „Der Sozialismus bedeutet für mich nicht Absolutismus, Sozialismus kann nur demokratisch sein. Wir wollen uns nicht lossagen vom Warschauer Pakt, wir wollen aber eine Brückenfunktion ausüben.“

Dementsprechend soll die Verfassung geändert und sollen neue Gesetze verabschiedet werden. Zum 1. August dieses Jahres wird ein neues Parteiengesetz im Parlament eingebracht, das ein Mehrparteiensystem vorsieht. Außerdem wird die Verankerung der Volksabstimmung in der Verfassung angestrebt und ein Streikgesetz sowie ein neues Medien- und Pressegesetz vorbereitet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Presseforum UNGARN
mit allen anderen Publikationen
Reactive-Forum



Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, ZK-Sekretär Szürös, bestätigte, daß eine Arbeitskommission unter Leitung von Imre Pozsgay gebildet wurde, die den Auftrag habe, die Geschichte des Kommunismus in den letzten 40 Jahren in Ungarn aufzuarbeiten. Das ZK wird sich mit den Ergebnissen eingehend beschäftigen. Auch in diesem Gespräch wurde uns gesagt, 1956 hat es mit einem Volksaufstand begonnen, aber, fügte man hinzu, dann traten immer mehr negative Elemente auf, und alles endete schließlich in einer Tragödie. Pozsgays Äußerungen werden für wichtig empfunden, der Weg der Diskussion über die Öffentlichkeit aber kritisch bewertet. Viele Akteure leben noch, überstürzte Äußerungen können der objektiven Aufarbeitung schaden. Wir erfahren, daß sich konservative Gruppen schon zusammenschließen, die ideologische Auseinandersetzung wird auch in Ungarn sicherlich nicht leicht werden. Aber es wurde auch in diesem Gespräch bekräftigt: Wir wollen in Ungarn eine wirkliche Demokratie.

Von besonderer Wichtigkeit - so wurde in den Gesprächen immer betont - ist die Realisierung und das Gelingen der Wirtschaftsreform. Die politische Reform wird scheitern, wenn die wirtschaftliche Situation nicht positiv verändert wird. Dabei hofft man verstärkt auch auf westdeutsches Investitionskapital; ein neues Agrarkonzept wird erarbeitet, und von besonderer Bedeutung scheint insbesondere für die junge Generation der Abbau der Wohnungsnot. Die Reformwelle in Ungarn ist groß, ohne Hilfe von außen ist die Realisierung der Pläne kaum zu schaffen, da ist auch die Bundesregierung in besonderer Weise gefordert.

Die Offenheit der Diskussion in Ungarn zeigte sich auch ganz praktisch. Gesprächspartner war neben Bischof Karoly Toth und Antal Reger als stellvertretender Präsident des Verbandes der Ungarndeutschen, auch Zoltan Kiraly, der wegen seiner Beteiligung am „demokratischen Forum“ aus der USAP ausgeschlossene Parlamentarier und derzeitig schärfste Kritiker der Regierung im Parlament.

Bedrückend und erschreckend waren dagegen die Berichte über die Situation in Rumänien, die wir - teilweise von Flüchtlingen, die gerade in Ungarn angekommen waren - erhielten. Die wirtschaftliche Situation in Rumänien scheint hoffnungslos. Nach wie vor hungern und frieren die Menschen dort. Die medizinische Versorgung ist völlig unzureichend, eine notwendige Operation sei nur noch durch Bestechung erreichbar, wurde berichtet. Erschwerend in dieser Situation käme die Minderheitenpolitik insbesondere gegen die Ungarn hinzu.

Flüchtlinge berichteten, wie sie bei Bewerbungen für Arbeitsstellen gezwungen seien, ihren ungarischen Namen abzulegen. Bei der Taufe seien ungarische Vornamen nicht zugelassen, der Besuch weiterführender Schulen sei auch für die Ungarn nur auf rumänischen Schulen möglich. Die Dorf- und Stadtausgänge würden immer stärker durch Polizei kontrolliert. Die angeblichen Dorfvernichtungen konnte kein Flüchtling bestätigen, einer teilte jedoch mit, daß in seinem Dorf das Dorfsanierungsprogramm angekündigt worden sei. Einige Gesprächspartner berichteten von Schüssen auf Flüchtlinge auf rumänischer Seite. Die offiziellen Stellen Ungarns teilten mit, sie hätten keinen konkreten Nachweis dafür.

In Ungarn sollen zur Zeit 13.400 rumänische Staatsbürger und Bürgerinnen leben. Im letzten Jahr seien 3.585 Menschen aus Rumänien nach Ungarn gekommen, 2.525 davon illegal, 587 mit einem Schein des „kleinen Grenzverkehrs“ und 473 Personen mit einer offiziellen Ausreisegenehmigung. In den letzten zwölf Monaten wurden 504 Personen nach Rumänien zurückgeschickt. In jeder Region wäre jetzt ein staatlich Beauftragter für die Flüchtlinge, auch für deren Ausweisung, verantwortlich. Um die einheitliche Behandlung zu garantieren, würden jetzt die Übergangswohnheime für die Flüchtlinge eingerichtet.

Die ungarischen Politiker sowie Kirchenvertreter betonten einmütig, bei dem Flüchtlingsproblem handle es sich nicht um einen ungarisch-rumänischen Konflikt. Bei etwa zweieinhalb Millionen in Rumänien lebenden Ungarn fühle sich die ungarische Regierung auch überfordert. Deutlich wurde uns mitgeteilt, daß Ungarn der UN-Flüchtlingskonvention von 1951 beitreten wolle. Außerdem soll ein neues Ein- und Auswanderungsgesetz mit klaren Kriterien geschaffen werden, dabei soll unter anderem auch der Begriff „Republikflüchtling“ wegfallen.

Das ungarische Innenministerium betonte, daß alle Flüchtlinge gleich behandelt würden. Es gebe keinerlei Vorteile für die Ungarn-Rumänen. Wir wollen, daß die Menschen dort leben können, wo sie geboren sind und dürfen keinen Sog auf Ungarn in Rumänien ausüben. Wir wollen, daß die ungarische Kultur auch in Rumänien weiterbesteht. Die Systematisierungspläne der rumänischen Regierung sollen die ethnographische Landschaft in Rumänien neu gestalten, sagt man. Das Ziel sei die Schaffung einer absolut homogenen Gesellschaft. Das Wort aus Ungarn hat in Bukarest keinerlei Wirkung, deshalb muß sich dringend die internationale Öffentlichkeit bewußter dieser Angelegenheit annehmen.

Die deutschen Parlamentarier aus allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien waren sich einig, verstärkt darauf zu drängen, daß eine UNO-Kommission nach Rumänien reist, um sich im Land eingehend zu informieren. Sollte Rumänien die Einreise nicht zulassen, müßte international Druck ausgeübt werden, um die Politik in Rumänien zu beeinflussen. Die Schilderungen über die Notsituation in der rumänischen Bevölkerung insbesondere auf dem Erziehungssektor ließ Überlegungen aufkommen, ob in dieser Situation der Import von Nahrungsmitteln aus Rumänien noch verantwortbar sei.

(-/10.2.1989/vo-he/rs)

* * *

Unser Planet darf nicht zur Wüste werden

Zur Notwendigkeit, die tropischen Regenwälder wirksam zu schützen

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Die tropischen Regenwälder existieren seit 60 Millionen Jahren und sind die ältesten Landökosysteme der Erde. Durch die immer dramatischere Zunahme der Zerstörung stehen sie in der Gefahr, in weniger als zwei Generationen komplett von der Erde verschwunden zu sein. Die jährlichen Entwaldungsraten der Tropenwäldländer entwerfen ein Schreckensszenarium: Der World Resources Report 1987 gibt für die Jahre 1981 bis 1985 für Malaysia 255.000 Hektar Regenwald an, für Indonesien 600.000 Hektar Regenwald, für Brasilien 1,3 Millionen Hektar Regenwald und Indien 132.000 Hektar Regenwald an.

Wenn die Zerstörungsgeschwindigkeit weiterhin so zunimmt, wird unser Planet zu einer Wüste werden.

Die großflächige Vernichtung erfolgt aus einer Reihe sehr unterschiedlicher Gründe, die von Land zu Land, von Region zu Region verschieden stark ausgeprägt sind. Aus diesen Gründen ist eine differenzierte Betrachtung und Bewertung unbedingt notwendig. Dennoch lassen sich einige zentrale Faktoren, die für die Vernichtung verantwortlich sind, benennen:

- In erster Linie sind es die Armut und ständig wachsende Verschuldung der Tropenwäldländer,
- hinzu kommt der wachsende Holzverbrauch als Roh- und Brennstoff,
- Einfluß multinationaler Konzerne, die mit ihrer Interessenpolitik die Zwangslage der Entwicklungsländer ausnutzen,
- verfehlte national und multinational finanzierte Großprojekte, die fatale ökologische Folgen provozieren wie Monokulturen, Werkbauprojekte und Großstaudämme,
- erschwerend kommt das hohe Bevölkerungswachstum hinzu, kurz: Die Zerstörung der Wälder ist Folge und Strukturmerkmal von Unterentwicklung.

Den tropischen Regenwäldern kommt für die Erhaltung der Lebensbedingungen in den Regionen wie auch für den gesamten Globus eine besondere Bedeutung:

- In sozialer Weise, da sie den natürlichen Lebensraum für einheimische Urbevölkerungen darstellen,
- in biologischer Weise, da sie den natürlichen Lebensraum für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten darstellen,
- in klimatischer Hinsicht, da sie wichtige Funktionen für das lokale und das globale Klima haben.

Die großflächige Zerstörung der Regenwälder durch Holzeinschlag und Brandrodungen führt somit zu Störungen des Klein- und Großklimas, zu einem bedrohlichen Rückgang der biologischen Artenvielfalt und damit dem unwiederbringlichen Verlust genetischer Ressourcen. Rund zwei Millionen Menschen - die letzten Naturvölker - drohen mit der Zerstörung der Regenwälder ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu verlieren. Tausende von ihnen sind schon vertrieben und ausgerottet worden. Mit der Urbevölkerung wird auch ihre ökologisch angepaßte Landnutzungsform verdrängt werden.

Viele Gründe der Regenwaldzerstörung liegen in der Struktur und politisch wirtschaftlichen Lage der Tropenwäldländer selbst. Die SPD-Bundestagsfraktion ist jedoch der Meinung, daß die Zerstörung der Tropenwälder nicht ausschließlich in der Verantwortung der betroffenen Nationalstaaten liegt, sondern aufgrund der globalen Problematik ganz besonders ein verantwortliches Verhalten der Industrieländer gefordert ist.

Viele der gigantischen Entwicklungsprojekte, die in den letzten Jahrzehnten in den Tropenwaldländern initiiert worden sind, wurden über direkte oder indirekte Teilfinanzierung seitens der Industrieländer und anderer internationaler Finanzträger gewährleistet. Beispiele gibt es genug. Beim Großprojekt „Grande Caraias“ in Ostamazonien ist die EG und die Weltbank mit beträchtlichen Summen an der Eisenerzgewinnung beteiligt. Hier werden Waldflächen gigantischen Ausmaßes vernichtet. Paradoxerweise erscheint der langfristige ökonomische Nutzen für Brasilien vor dem Hintergrund der weltweiten Stahlkrise zusätzlich als sehr fragwürdig. Es gibt leider noch unzählige Beispiele dieser Art, die aus Platzgründen nicht erwähnt werden können.

Bisher mußten die Tropenwaldländer die ökologischen Folgekosten der Entwaldungen alleine tragen. Die Industrieländer, auch die Bundesrepublik profitieren zusätzlich von den wirtschaftlichen Rückflüssen ihrer Projekte.

Wir dürfen unsere Verantwortung nicht weiter als Lippenbekenntnisse vor uns hertragen. Für die Zukunft der Tropenwälder sind umgehend entwicklungspolitische Maßnahmen notwendig, doch die Zeit arbeitet gegen uns. Angesichts der oben genannten Zahlen der bisherigen Zerstörung geht es um ein akutes Notstandsprogramm zur Abwendung einer Katastrophe mit weltweiten Folgen! Die Erhaltung tropischer Regenwälder ist eine internationale Aufgabe ersten Ranges, und zwar nicht morgen oder übermorgen, sondern jetzt und heute. Dies hat bereits zutreffend der 1987 vorgestellte Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung „Unsere gemeinsame Zukunft“ gefordert. Mit dem Bericht betont die SPD-Bundestagsfraktion die globale Verantwortung der Industrieländer.

Die wichtigsten generellen Ursachen der Tropenwaldzerstörung sind Armut und steigende Verschuldung. Insofern muß der Armutsbekämpfung und der Schuldeneindämmung in der Dritten Welt absolute Priorität eingeräumt werden. Die ohnehin schon hochverschuldeten Entwicklungsländer sind einfach nicht mehr in der Lage, selbständige Finanzressourcen für die Erhaltung ihrer tropischen Waldökosysteme aufzubringen. Nur mittels massiver finanzieller Unterstützung durch die reichen Industrienationen gibt es eine echte Chance, die noch bestehenden intakten Ökosysteme zu retten. Die Bundesrepublik sollte hier eine Vorreiterrolle spielen. Konkrete Maßnahmen, die unser Antrag fordert, sind:

- Erlaß der Schulden der am wenigsten entwickelten Länder,
- Umschuldung und Konsolidierung der übrigen Auslandsschulden der Dritten Welt durch Verlängerung der Rückzahlungsfristen, langfristige Zinsvereinbarung, Obergrenzen für Zinssätze sowie der Begrenzung des Schuldendienstes auf einen bestimmten Anteil der Exporterlöse.
- Auf zwischenstaatlicher Ebene muß dem Schuldentausch (debt-for-nature-swap) stärkere Beachtung geschenkt werden.

Vor dem Hintergrund der Verschuldungskrise haben private Umweltschutzexperten und Umweltorganisationen versucht, dem Kompensationsgedanken im Umweltschutz mehr Rechnung zu verschaffen. Letztendlich kann Schuldentausch nur erfolgreich sein, wenn Kompensationen für die Dritte-Welt-Länder lohnend sind. Auch das im Auftrag des Kanzleramt erstellte Gutachten des Freiburger Politikwissenschaftlers Dieter Oberndörfer kommt zu dem Schluß, daß Maßnahmen wie Schuldentausch sinnvoll seien.

Neben Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Schuldeindämmung setzt sich die SPD für einen unbedingten Schutz der Primärwälder ein, das sind diejenigen intakten Regenwälder, die noch nicht durch jedwede Nutzung beschädigt worden sind. Hier sollen keine Großprojekte mehr gefördert und Straßenbauten in unerschlossene Regenwaldgebiete finanziert werden, ebenso sollen keine Großstaudammprojekte in Primärregenwälder mehr gefördert werden.

Im Energiebereich muß einer effizienten und ökologischen Energienutzung Priorität eingeräumt werden.

Schließlich muß auch der Import von tropischen Harthölzern auf ein unbedingt notwendiges Minimum beschränkt werden. Die Verwendung von Tropenhölzern bei der Ausstattung von Bundesbehörden und Bundeseinrichtungen kann nur dann gestattet werden, wenn das Holz nachgewiesener-

maßen nicht aus Primärwäldern stammt, sondern aus dauerhaft bewirtschafteten Konzessionen. Der Nachweis hierfür muß beim Holzhandel liegen. Mit dieser Forderung trägt die SPD-Bundestagsfraktion der Erkenntnis Rechnung, daß der selektive Holzeinschlag den intakten Ökosystemen der Primärwälder schwere und schwerste Schäden zufügt.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Brief von Umweltminister Töpfer erwähnen, der seinen Kabinettskollegen Schneider gebeten hat, beim Neubau des Ministeriums am Rheinufer auf die Verwendung seltender Tropenhölzer zu verzichten. Wie jüngst einer „Spiegel“-Ausgabe zu entnehmen war, hat der CSU-Minister bisher einen sehr sorglosen Umgang mit Edelhölzern aus den Tropenwäldern gepflegt: 500 Fenster des neuen Gästehauses der Bundesregierung auf dem Bonner Petersberg sind aus massivem Merantiholz und das Parkett in der Lounge aus Siphomahagoni.

Aufgrund der unterschiedlichen weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten der Tropenwäldländer vom Exportstoff Holz kann die Frage nach dem Nutzen oder Schaden eines generellen Importstops in die Industrieländer für den Erhalt der Regenwälder nicht pauschal beantwortet werden. Sicher ist jedoch, daß auf einen Import womöglich verzichtet werden muß. Eine freiwillige Importbeschränkung für bestimmte Holzarten wäre ein erstes Signal für die unternehmerische Verantwortung zum Erhalt der tropischen Regenwälder.

Auch das Oberndorfer Gutachten hält wegen der stark rückläufigen Bedeutung tropischer Edelhölzer durch die Erschöpfung der Bestände ein Internationales Abkommen über das Verbot eines Importes für eine Chance zur Erhaltung der Regenwälder.

Die Erhaltung tropischer Regenwälder wird in Zukunft für die Weltbevölkerung von immer größerem Interesse sein. Die SPD ist bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen und nach besten Kräften an einer Problemlösung mitzuarbeiten. Sicherlich, ein Patentrezept kann es nicht geben. Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird sich in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe mit der Erhaltung tropischer Regenwälder beschäftigen. Dies ist meines Erachtens nach ein Zeichen in die richtige Richtung.

Hier geht es um ein gemeinsames verantwortliches Handeln. Politische Maßnahmen müssen im Rahmen der bereits angesprochenen Kriterien gemeinsam mit den Tropenwäldländern durchgeführt werden. Das Argument, man solle und könne sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen, verliert anhand der globalen Bedrohung an Schlagkraft. Es muß die Einsicht wachsen, daß internationale Kooperation notwendig ist, sie darf jedoch, das möchte ich hier ganz klar betonen, nicht zum Ersatz eigener nationaler Umweltschutzanstrengungen werden.

Es wird Zeit, daß die Empfehlungen der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit aufgenommen werden. Das heißt: Dauerhafte Entwicklung muß in Zukunft das Ziel einer gerechteren und sozialeren Weltwirtschaftsordnung sein. Ebenso fordern wir die Erstellung eines UN-Programms für dauerhafte Entwicklung. Das Vorsorgeprinzip muß als wichtigstes Merkmal einer dauerhaften Entwicklung betrachtet werden.

Hier liegt die Chance, in der Entwicklungspolitik national und international einen Paradigmenwechsel zu praktizieren.

Hier kann die Lösung des Zielkonfliktes zwischen kurz- und mittelfristig ökonomischer Ausbeutung und ökologisch langfristiger Erhaltung liegen. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, den Kampf um die ökologische Ressource Regenwald, der in der Dritten Welt immer blutiger ausgetragen wird und ein eskalierender Konfliktherd zwischen Arm und Reich geworden ist, zu beenden. Der gewaltsame Tod Chico Mendes ist ein tragisches Zeichen und hat uns alle tief betroffen gemacht.

Nicht nur aus Eigennutz müssen wir Maßnahmen zur Erhaltung tropischer Regenwälder ergreifen, nicht nur weil der Treibhauseffekt uns alle bedroht. Es muß auch weiteres Blutvergießen verhindert werden. Es ist höchste Zeit.

(-/10.2.1989/vo-he/rs)